Informationen
Kommentare
Meinungen

Die Brennessel

Kritische Stadtteilzeitung

5. Jahrgang
Nr. 3
28. Nov. 1983

Aus dem Inhalt:

Aufgespießt
Raketen statt Aufschwung
Brunnenvergifter

Ihr behandelt die Erde als hättet ihr eine zweite im Keller

„Die Brennessel"
kritische Stadtzeitung

Herausgeber und
verantw. Redakteur:
Klaus Adamek

Redaktionsanschrift:
Fichtenweg 47
Winterberg - Tel. 370

Druck: Eigendruck

Aufgespießt

Im Folgenden drucken wir einen Bürgerantrag von drei Züschener Mitbürgern ab, um zur Wahrnehmung dieses Antragsrechtes zu ermutigen. Die Art und Weise, in der der Rat der Stadt Winterberg auf einen solchen Antrag eingeht, läßt Schlüsse zu auf die viel propagierte Bürgernähe der Kommunalpolitiker.

Bürgerantrag

Gemäß § 6c der Gemeindeordnung von NRW beantragen wir, die Unterzeichnenden, daß folgender Bürgerantrag als ordentlicher Tagesordnungspunkt in öffentl. Sitzung vom 24.11.83 des Rates der Stadt Winterberg behandelt wird.

1. Wir beantragen, der Rat der Stadt Winterberg möge begründen, warum die Grundstückskaufverträge der Stadt Winterberg im Widerspruch zum BBauG stehen. Nach § 133 (3) entsteht die Beitragspflicht für die Erschließung mit der Genehmigung des Bauvorhabens, nicht aber mit dem Kauf des Grundstückes.
2. Wir beantragen, der Rat der Stadt Wtbg. möge begründen, warum entgegen der mündlichen Zusage seitens der Verwaltung, den Käufern städtischer Grundstücke auf der Ebenau in Züschen entstünden in den nächsten 3 bis 5 Jahren keine weiteren Kosten, trotzdem innerhalb kürzester Zeit die zweiten Erschließungskostenvorausleistungen abverlangt wurden.
3. Wir beantragen, der Rat der Stadt Wtbg. möge begründen, warum im Baugebiet Ebenau zumindest in einem Fall die zweiten Erschließungskostenvorausleistungen erst nach mehr als zwei Jahren angefordert wurden.
4. Nach § 3 der Satzung der Stadt Wtbg. über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen wird der Erschließungsaufwand nach den tatsächlichen Kosten ermittelt. Wir beantragen, der Rat der Stadt Wtbg. möge beschließen:
   a) die Beträge auf der Einnahmeseite für das Baugebiet Ebenau offenzulegen,
   b) offenzulegen, zu welchem Angebotspreis die gesamte Erschließung vergeben wurde, und weiterhin das Submissionsprotokoll zu veröffentlichen,
   c) darzulegen, welche Einnahmen noch durch den Verkauf von Grundstücken zu erwarten sind,
   d) in der Öffentlichkeit einen lückenlosen Verwendungsnachweis für die bisher geleistete Teilerschließung zu führen, d.h. insbesondere die Rechnungen offenzulegen, wobei die bisherigen verbilligenden Planänderungen (Dechant-Dobbener Str.) zu berücksichtigen sind,
   e) zu begründen, warum hinsichtlich der beträchtlichen Kostensteigerung im Straßenbau in den Jahren 1978 - 1982, insgesamt von 80,7 bis 100,1 laut Baupreisindices von NRW Stand Nov.82, ausgehend von der Basis 1980= 100%, nicht auf eine sofortige Fertigstellung des Baugebietes Ebenau hinsichtlich Restarbeiten (Straßenbau, Erstellung von Bürgersteigen, Grünanlagen usw) gedrängt wurde,
   f) darzulegen, ob seiner Rechtsauffassung nach die Verwendung von Erschließungsbeiträgen eine treuhänderische Aufgabe der Verwaltung darstellt, über die zum gegebenen Zeitpunkt der Treuhänder einen Rechenschaftsbericht abzugeben hat.
5. Wir beabtragen, der Rat der Stadt Wtbg. möge erklären, ob er die bisherige Planung "Baugebiet Ebenau" aufrecht erhalten will oder Änderungen plant, die die Kosten der Erschließung senken oder beeinträchtigen würden.
6. Wir beantragen, der Rat möge darlegen, wann die Erschließung des Baugebiets Ebenau beendet sein wird und mit welchen endgültigen Kosten er rechnet.
7. Wir beantragen, der Rat möge darlegen, ob die Stadt Wtbg. bereit ist, über Ablösungsverträge zu verhandeln, evtl. möge er seine ablehnende Haltung begründen.
8. In zunehmenden Maße wird die Ebenau ein Gebiet von Ferienwohnungen. Wir beantragen, der Rat der Stadt Wtbg. möge

darlegen, welche konkreten Maßnahmen er dagegen zu unternehmnen gedenkt, und welche Möglichkeiten er sieht, daß auch in Zukunft in Züschen ansässige Bürger in Züschen bauen können.

Hans-Jürgen Kube
Zum hohlen Rain 5
5788 Winterberg 3

Hans-Jürgen Droste
Zum hohlen Rain
5788 Winterberg 3

Konrad Klein
Am roten Kreuz
5788 Winterberg 3

Diskriminierung

Unlängst hat der CDU Ortsverband der Höhendörfer beantragt:
"Arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger für städt. Arbeiten heranzuziehen.Z.B. für die Pflege öffentlicher Anlagen,Wanderwege usw."
Begründung: "Es kann nicht weiter geduldet werden, daß diese Sozialempfänger (?) von morgens bis abends herumlungern und die Steuergelder der arbeitenden Bürger ohne jede Gegenleistung in Anspruch nehmen."
In dieser Form beweist der Antrag zunächst mangelnde Sachkunde.Sozialhilfeempfänger bekommen diese finanzielle Hilfe nämlich nicht ohne Weiteres.Das Sozialamt verlangt vom Antragssteller zunächst einmal einen lückenlosen Nachweis seiner Einkünfte.Die zu zahlenden Regelsätze richten sich nach dem Familienstand.Mißbraucht werden kann diese soziale Sicherung nur dadurch, daß der Antragsteller der Behörde falsche Angaben über seine Einkünfte macht.
Das Sozialamt überprüft im Rahmen seiner Möglichkeiten die Richtigkeit der Angaben.
Mit seinem Antrag unterstellt der Ortsverband der CDU Höhendörfer pauschal den ca. 80 Empfängern von Sozialhilfe in Winterberg Unehrlichkeit.Wenn auch in Einzelfällen ein solcher Verdacht auftauchen kann, darf aber niemand es sich herausnehmen, Mitbürger, denen es schlecht geht, sozusagen als Parasiten einer rechtschaffenden Bürgerschaft zu bezeichnen.
Wie viele der Betroffenen würden gerne mit allen Rechten und Pflichten eines Arbeitnehmers arbeiten!

Nach einem Rechtsgutachten der Professoren Mönder und Birk von der Techn. Universität Berlin ist der Arbeitseinsatz von Sozialhilfeempfängern verfassungswidrig,wenn die Ablehnung einer Arbeit mit dem Entzug von Sozialhilfeleistungen bestraft wird.In der gängigen Praxis vieler Gemeinden sehen die Gutachter einen doppelten Verstoß gegen das Grundgesetz. So werdeeder Artikel 12 zur Berufsfreiheit verletzt, nach dem niemand zur Aufnahme einer bestimmten Tätigkeit gezwungen werden darf.Der Entzug der Sozialhilfe stelle aber einen mittelbaren Zwang dar, der nur dann gerechtfertigt sei,wenn die verordnete Tätigkeit marktüblich ist.Da dem Sozialhilfeempfänger im Normalfall wesentlich weniger gezahlt werde, als am Arbeitsmarkt dafür üblich ist, also kein adäquates Verhältnis von Leistung und Gegenleistung bestehe, fehle diese Marktkonformität.
Der zweite Verstoß richte sich gegen das Sozialstaatsprinzip des Artikel 20 GG. Dieses Prinzip garantiert nach Ansicht der Juristen ein Mindestniveau an Arbeitnehmerschutzrechten. Da Sozialhilfeempfänger bei Arbeitseinsätzen nur eine kleine Mehraufwandsentschädigung erhalten, ihnen aber sonst keinerlei Arbeitnehmerrechte zugestanden würden (z.B. Urlaub,Lohnfortzahlung im Krankheitsfall) werde dieses Mindestniveau unterschritten und damit gegen das Sozialstaatsprinzip verstoßen.Möglich ist deshalb nach Ansicht der Gutachter nur ein Arbeitseinsatz auf freiwilliger Basis.

Der CDU Ortsverband Höhendörfer sollte auch wissen, daß nicht die Stadt Wtbg. sondern der Hochsauerlandkreis die Kosten der Sozialhilfe trägt.Die Mehrheitspartei hätte auf anderen Gebieten zahlreiche Einsparungsmöglichkeiten.Runde DM 45 000 an Mietzahlungen, Heizkosten nicht berechnet, könnte die Stadt z. B.einsparen, wenn es ihr gelänge aus einem Pachtvertrag für Schulräume herauszukommen, der noch bis Herbst 1984 läuft, für Räume, die die Hauptschule schon seit September nicht mehr in Anspruch nimmt.

War die Kurve 9 schon während des Baues in Bewegung?

In einem kurzen Artikel der letzten Ausgabe der "Brennessel" beschäftigten wir uns mit dem Zustand der Bobbahn und erwähnten, daß das Beweissicherungsverfahren noch keine Ergebnisse erbracht habe,die Licht in die Ursachen und das Verschulden für das Rutschen der Kurve9 gebracht hätten.Auf diesen Artikel hin meldete sich ein Herr A. aus Züschen. Herr A. gehörte während des Bobbahnbaues zu einer Torkretierkolonne (Spritzbetonarbeiter) der Firma Hoch - Tief. Was ihm und seinen Kollegen während der Arbeit auffiel,kann der Stadt möglicherweise im Beweissicherungsverfahren von Nutzen sein.
Demnach veränderte sich die Dehnungsfuge im Scheitelpunkt der Kurve 9 schon während der Betonierarbeiten.Die Spritzbetonnierer vermuteten damals, daß zuviel Material auf der Innenseite der Kurve aufgeschüttet worden sei. Auch habe das Bauwerk gezittert, wenn die Rüttelwalzen die Aufschüttung verdichteten.
Die Namen der Arbeitskollegen des Herrn A. lassen sich anhand der Arbeitsbücher der Firma Hoch - Tief ermitteln.Sie könnten die Äußerungen unseres Informanten, dessen voller Name der Redaktion bekannt ist,bestätigen.

Eine Chronik mit Schwächen

Im März dieses Jahres erschien ein Geschichtsbuch der Stadt Winterberg. Der Verfasser von "Winterberg im Wandel der Jahrhunderte" ist der 85 jährige in Essen lebende Josef Quick, dessen Vorfahren aus Winterberg stammten. Herausgegeben wird das Buch von der Stadt.
Zweifellos ist es ein Buch in sehr ansprechender Aufmachung, das viele intersannte Einzelheiten aus der Geschichte unserer Stadt enthält,besonders lesenswert immer dann, wenn Quellenmaterial zitiert oder abgedruckt wird.Dennoch enthält die Chronik Mängel, über die man nicht hinweglesen kann.
Bei der Schilderung des 1. Weltkrieges beschränkt sich der Autor nicht auf dessen Wirkung auf den hiesigen Raum, sondern schildert das Zustandekommen des Krieges und seinen Verlauf völlig einseitig und z.T. wahrheitswidrig.Wenn er z. B. den Ausgang des Krieges in Verbindung bringt mit der Verweigerung der Kriegskredite durch die SPD,Defaitisten, Pazifisten, angebliche 500 000 Drückeberger sowie die USPD für die Niederlage verantwortlich macht, so sind das Wertungen, die einer Prüfung nicht standhalten. Der Autor zeigt widersprüchliches Verhalten, wenn er einerseits in Stil und Inhalt den Krieg glorifiziert und andererseits die Opfer beklagt.
Die vergangenen 20 Jahre der neuesten Geschichte Winterbergs sieht Herr Quick mehr aus der Sicht der CDU.Es scheint als habe sich der Autor zu sehr auf die Darstellung der Fakten durch die Verwaltung verlassen.Da berichtet er z.B. vom Kampf um den Erhalt des Gymnasiums, als sei es dabei um die Abwehr einer "Gesamtschule sozialistischer Prägung" gegangen.In Wahrheit kämpften die Befürworter des Weiterbestehens der Schule gegen einflussreiche Leute in Rat und Verwaltung,denen ihrer bildungsfeindlichen Grundeinstellung entsprechend die Finanzierung eines Gymnasiums zu teuer war.
Die Aufnahme der Städtepartnerschaft mit Le Touquet begann mit Bemühungen von Mosieur Deprez im Auftrag des damaligen Bürgermeisters von Touquet, Ferrier.Es mindert nicht die großen Verdienste von Monsieur Bernard um die deutsch - französische Freundschaft,wenn man diese Tatsachen ausspricht. Es ist unredlich, dabei die hingebungsvolle Rolle des damaligen Winterberger Bürgermeisters Willi Braun nicht zu erwähnen, der sich keineswegs auf die Erfüllung seiner formalen Pflichten beschränkte, sondern privat und auf eigene Rechnung zahllosen französischen Partnern sein Haus öffnete.
Überhaupt ist festzustellen, daß die Chronik Fakten und Geschehnisse aus der Amtzeit des Willi Braun ignoriert. So fand die Einweihung des Jugendheimes (20.3.66), der Ausbau des alten Schützenzeltes in Eigenhilfe (1967), die Schaffung der DRK - Unfallhilfsstelle und viele andere Dinge keine Erwähnung.In der Chronik ist der Kurpark 1977 geschaffen

worden, tatsächlich erfogte seine Einweihung am 12.8.1966.
Und wenn schon jeder Pfarrer und Vikar, jeder Rektor, der je in Winterberg tätig war, Eingang in die Chronik fand, hätte z.B. der langjährige ärztliche Leiter des Krankenhauses, der "Grönebächer" Dr. Padberg, der tausenden von Menschen geholfen hat und dabei eine bemerkenswerte soziale Sicht an den Tag legte, nicht unerwähnt bleiben dürfen. "Winterberg im Wandel der Jahrhunderte" bietet viel Wissenswertes und fordert trotzdem viel Kritik heraus.

Glaube, Sitte, Heimat

Unter dem Wahlspruch der Schützen hat sich in Medelon eine Bürgerinitiative gegründet, die es sich zur Aufgabe macht, den Bau einer sog. Stupa zu verhindern. Diese Stupa, eine etwa 5m hohe,buddhistische Andachtsstätte wollen drei zugezogene Ehepaare, die sich zum Buddhismus bekennen, in ihrem Garten errichten. Der Medebacher Stadtrat lehnte den Bauantrag mit der Begründung ab, das Bauwerk werde die Einheitlichkeit der Bebauung stören.
Diese Entscheidung war sozusagen der amtliche Startschuß für den Medeloner Kreuzzug.Über ein Viertel der 605 Dorfbewohner traten spontan der Bürgerinitiative bei und nahmen unter der Führung des Ortsgeistlichen den Kulturkampf auf.
Da Sitte und Moral insbesondere der Jugend gefährdet sind, unternimmt das Dorf mit geistlichem Segen ausgestattet alles, um die"Leute" aus dem Ort zu ekeln.Die Lebensmittelverkäuferin "gibt denen nur noch, weil's der Chef so will." Und weil"diese Leute sich so korrekt benehmen", sieht sie noch keinen Anlaß, sie nicht mehr zu bedienen.
Einem akrobatisch veranlagten Späher der Moraltruppe ist es gelungen, durch einen Spalt der das bedrohliche Anwesen umgebenden Hecke eine Frau zu erblicken,die sich barbusig sonnt. Damit ist endgültig allen klar, daß der Pfarrer Recht hat,wenn er "was gegen diese Leute hat."

Ist das alles nur eine Lokalposse? Zeichnen sich nicht einige Pfarrer unseres Sauerlandes durch besondere Intoleranz aus, wenn sie den "Ungläubigen" und den Selbsttöter nicht bestatten, die Mischehe nicht sanktionieren wollen, die Kanzel in Wahlzeiten zur Propagandabühne für die allerchristlichste der Parteien machen und sich nicht scheuen, weltanschaulich Andersdenkende zu diffamieren?
Viele der Eltern, die angeblich ihre Kinder durch den Bau einer Stupa gefährdet sehen, sind weniger empfindlich, wenn sich ihre Sprößlinge schon als 13 Jährige auf den Schützenfesten besaufen, oder im Konsumgenuß ihre Ersatzreligion finden.
Und haben nicht die Politiker in fast allen Sauerlandgemeinden es zugelassen, daß die bodenständige Bausubstanz und Landschaft mit den scheußlichsten Bauwerken belastet wurden, wenn nur die Kasse stimmte?
Die selbsternannten Tugendwächter scheint der Anblick eines nackten Busens nur dann zu stören,wenn er unter Mühen durch eine Hecke erhascht werden kann und von ihnen doch so viel lieber in einem der wie Pilze aus der Erde schießenden "Etablissements" mit den exotischen Namen erkauft werden möchte.
Ich fürchte,daß der Medeloner Kampf gegen die "Stupa" in vielen seiner Aspekten überall im Sauerland stattfinden könnte.Das Motto, unter dem er stattfindet, lautete besser:
Glaube,Sitte, Dummheit!

Festtagssprüche

"Wie Anfangs erwähnt, war die Erstellung dieser Schanze äußerst schwierig - zu vergleichen mit einem Kaiserschnitt und anschließender Zangengeburt."

(Bürgerm. Schnorbus in seiner Rede zur Einweihung der Mattenschanze)

"Und von der neuen Turnhalle meinte unser Bürgermeister bei einer Besichtigung: Die Halle ist so schön, daß es eigentlich viel zu schade ist, sie überhaupt zu benutzen."

(Aus dem Schlußwort von Rektor Becker anläßlich der Grundschuleinweihung)

Ausschluß anstelle Von Argumenten

" Ein Ratsmitglied, das sich ungebührlich benimmt oder die Würde der Versammlung verletzt und trotz Ordnungsrufes sein ordnungswidriges Verhalten fortsetzt, kann durch Ratsbeschluß von dieser und weiteren Ratssitzungen ausgeschlossen werden. Der Ausschluß bewirkt, daß das Ratsmitglied für den festgelegten Zeitraum auch an den Sitztungen der Ausschüsse nicht teilnehmen darf."

Auf diesen Paragraph 9 seiner Geschäftsordnung hat sich der Ratsvorsitzende und die Ratsmehrheit berufen, als sie das Ratsmitglied Kroh am 26. Juli 1983 für vier Sitzungen ausschloß. Herr Kroh ist, berücksichtigt man die Sommerferien, für die Dauer von sechs Monaten von der Mitwirkung im Rat ausgeschlossen, sein durch Wahl erlangtes Mandat ist ihm von der Ratsmehrheit auf Zeit aberkannt worden.

Die Gemeindeordnung von NRW ermöglicht einen Ausschluß in § 36:
" (2) In der Geschäftsordnung kann bestimmt werden, in welchen Fällen durch Beschluß des Rates einem Ratsmitglied bei Verstößen gegen die Ordnung die auf den Sitzungstag entfallenden Entschädigungen ganz oder teilweise entzogen werden und es für eine oder mehrere Sitzungen ausgeschlossen wird.
(3) Enthält die Geschäftsordnung eine Bestimmung gemäß Absatz 2, so kann der Bürgermeister, falls er es für erforderlich hält, den sofortigen Ausschluß des Ratsmitgliedes aus der Sitzung verhängen und durchführen. Der Rat befindet über die Berechtigung dieser Maßnahme in der nächsten Sitzung."

Wie jedermann lesen kann, muß die Geschäftsordnung bestimmen, in welchen Fällen so verfahren werden kann. Im § 9 der Geschäftsordnung des Winterberger Gemeinderates wird geschwafelt von "ungebührlichem Benehmen" und von der "Verletzung der Würde der Versammlung".Dieser Gummiparagraph überläßt es also der Entscheidung und Einschätung der Ratsmehrheit, wer sich wann und in welchem Maße ungebührlich benimmt oder gegen die Würde der Versammlung verstößt.

Die erdrückende Mehrheit der CDU im Winterberger Rat hat sich damit ein ideales Instrument geschaffen, mißliebige und in Opposition zur gängigen Politik stehende Ratskollegen ihrer verfassungsmäßigen Rechte zu berauben.

Wir wollen das Verhalten von Gerh. Kroh, das zu seinem Ausschluß führte in keiner Weise entschuldigen, es muß aber darauf hingewiesen werden, daß die Gemeindeordnung NRW verlangt, daß die Geschäftsordnung bestimmt, in welchen Fällen ausgeschlossen werden kann. Insoweit steht die Winterberger Geschäftsordnung des Rates im Wider spruch zur Gemeindeordnung und zum allgemeinen Demokratieverständnis und sie lädt in ihrer jetzigen Form zum Mißbrauch ein.

Die örtliche CDU hat lange vorher angedroht, den § 9 gegen G. Kroh einzusetzen. Sie hat die Übererregtheit des Ratsmitgliedes zum Anlaß genommen, diesen für längere Zeit mundtot zu machen. Neben der Unverhältnismäßigkeit der Ausschlußdauer ist aber auch zu bedauern, daß die CDU - Mehrheit mit dem Einsatz solcher Mittel ihre Unfähigkeit demonstriert, argumentativ mit den Herausforderungen durch die Opposition fertigzuwerden.

Würde eine juristische Überprüfung der Geschäftsordnung ergeben, daß diese nicht im Einklang mit der Gemeindeordnung ist, wäre eine Reihe von Ratsentscheidungen, die während der Ausschlußdauer für Herrn Kroh vom Rat gefaßt wurden, vermutlich unrechtmäßig.

Alarmierend ist nicht nur die Leichtfertigkeit, mit der ein so gravierender Entschluß gefaßt wurde, sondern auch die offenkundige Gleichgültigkeit von einigen Ratskollegen des Herrn Kroh, die den Ausschluß zwar nicht billigen, ihn aber letztlich hinnehmen. Nur einer hatte den Mut zu äußern, er fühle sich in östliche Diktaturen versetzt. Ihm wurde nicht widersprochen.

Er benahm sich weder ungebührlich, noch verletzte er die Würde der Versammlung.

Raketen statt Aufschwung.

von Paul Hennecke, Elpe

Die entsetzliche Dummheit der Deutschen in politischer Hinsicht ist kaum ergründbar.
Halbwegs verstandes- oder instinktbegabte Lebewesen, manchmal auch der Mensch, ziehen mit Überlegung oder im Unterbewußtsein Konsequenzen aus eigenen Unklugheiten. Viele Deutsche jedoch, oft gerade auch ältere vertrauensseelige CDU-Wähler, haben aus der ermöglichten Machtergreifung der Nazis 1933 mit dem vorhersehbaren zweiten Weltkrieg nichts dazugelernt. Damals brachten uns die Rechtsparteien, Groß- und Rüstungsindustrie und die Generalität in verschworener Gemeinschaft das bekannte Ergebnis.
Jetzt haben uns fast unauffälig die gleichen Kräfte im Griff, nachdem sie uns bei der letzten Bundestagswahl erneut hereingelegt haben. Dabei darf man garnicht daran denken, wie das Endergebnis der "Wende" diesmal ausfallen könnte.
Was hat nun die Propaganda der CDU, auf die man im Wahlkampf 1983 hereinfiel, so alles an "Blüten" hervorgebracht: Zunächst hieß es "Frieden schaffen ohne Waffen", dann "Frieden schaffen mit immer weniger Waffen". In Wirklichkeit ist unsere heutige Regierung, nachdem sie mit List und teilweise auch Lüge an die Macht gekommen ist, anscheinend blind aufrüstungs - und raketensüchtig! Natürlich muß vorweg deutlich gesagt werden, daß die russischen SS 20 Raketen ganz gewiß zu verurteilen sind. Jede Massenmordwaffe, ob hier oder dort, auch schon ihr Bereithalten, ist moralisch nicht vertretbar, für einen Christen schon garnicht. Bei der bekannten Mentalität des russischen Menschen ist diese Raketenaufstellung jedoch mit Sicherheit auch aus purer Angst erfolgt. Die leidvolle russische Vergangenheit, angefüllt mit Mongolen, Napoleon, Hitler, zig-Millionen Toten und Krüppeln, die Verwüstungen des eigenen Landes, ist eine nicht wegzuleugnende Ursache für die Angst. Ein direkter Angriff der Russen auf Westeuropa ist hingegen, wie selbst unverbesserliche Hetzer bestätigen, unrealistisch.

Nur, wer uns im Wahlkampf versprach, Frieden schaffen zu wollen mit immer weniger Waffen, und dann doch vorbehaltlos Rüstung und Raketenaufstellung bejaht, der muß den denkenden Menschen in "diesem unserem Lande" auch klarzumachen versuchen, wie sich dieser Unsinn in sich vereinbaren läßt. Daß unsere Regierung vorbehaltlos bereit sein würde, uns mit der Stationierung von amerikan. Raketen zu beglücken, war auf keinem Wahlplakat zu sehen.
"Frieden und Freiheit" lautete auch so ein Slogan der CDU. Den Frieden, der nach aller Erfahrung immer dann beschworen wird, wenn er tatsächlich verloren zu gehen droht, und den ja auch Hitler und Göbbels laufend bemühten, wird natürlich jeder Bürger haben wolle, die Freiheit zweifellos auch! - Nur was nützt das, wenn man den Krieg notfalls hinzunehmen bereit ist und dann trotz allen guten Willens anständiger und gutmeinender Menschen neben dem verlorenen Fieden und auch der Freiheit alles Schützenswerte, wie das Leben, die Zukunft unserer Kinder, die Familie, das Haus, die Heimat für uns Deutsche beiderseits der Mauer restlos vernichtet werden würde?
Warum lassen wir uns bloß in unserem Untertanengeist, hüben wie drüben, durch gewisse Weltmachtambitionen sowohl der Amerikaner wie der Russen in gegenseitiger Konfrontation als "Prellbock" mißbrauchen? Und daß die Planspiele verschiedenster Generalstäbler, den Schmarotzern aller Völker, den "ewigen" Divisionen- und Kanonenzählern, einen auf Mitteleuropa, also beide Deutschland, begrenzten Atomkrieg einkalkulieren, in Panzerschränken liegen, ist bekanntlich sicher. Oder warum wohl werden die Amerikaner, wie angekündigt, ihre Hauptquartier aus dem Stuttgarter Raum nach England abziehen? In der Frage der Raketenaufstellung sind wir Westdeutschen übrigens die einzigen im NATO - Bündnis, die die Pershing II auf eigenem "Hoheitsgebiet" aufstellen zu lassen bereit sind, eine Tatsache, die die Medien in einer Weise verschweigen, daß man argwöhnt, sie seien wie 1933 schon gleichgeschaltet.

Alle anderen NATO - Staaten in Europa nehmen zwar teilweise die Cruise missiles noch in Kauf, gegen die für die eigene Bevölkerung weit gefährlichere Pershing II wehren sie sich, weil sie wegen ihrer kurzen Vorwarnzeit und ihrer Eignung als Erstschlagwaffe vorrangiges Angriffsziel des Gegners sein würde.Auch die Tatsache, daß bei uns jetzt schon Atomwaffen in größerer Dichte stehen als selbst in den Ländern der Atomwaffenbesitzer, wird heruntergespielt.Warum soll man uns das auch sagen,warum den geruhsamen, auf Profit bedachten Bürger in seinem Alltag beunruhigen? Dümmer regierende Politiker,als die uns gegenwärtig regierenden, kann es nach meiner Meinung nur selten geben. Hier trifft auch den früheren Bundeskanzler Schmidt eine Menge Schuld, wenngleich er nicht voraussehen konnte, daß in Genf nicht ernsthaft verhandelt werden würde.

Was die derzeitigen Verhandlungen in Genf angeht, dürfte es jedem mitdenkenden Bürger allmählich aufgehen, daß die Amerikaner trotz iher irreführenden Angebote oder Vorschläge und entgegen regierungsamtlicher Verlautbarungen vorläufig gar kein Übereinkommen mit den Russen wollen.Denn nach einer vollzogenen Stationierung der Raketen in Europa verspricht man sich ein atomares Übergewicht, auch kann man ja den nahen Osten oder auch Nordafrika, Libyen von Europa aus besser"erreichen." Zudem würde die unersättliche Rüstungsindustrie der USA bei einem Rückgang der Raketenproduktion finanziell geschädigt werden.
Auffallend wenig wird in den Medien auch über den Status der letzten konkreten Vorschläge der Russen berichtet, die da waren: Kontrollierte eigene Verschrottung von Raketen bis auf die Zahl der britischen und franz. Raketen zusammen. Nach meiner Meinung ist das vom Standpunkt der Russen aus gesehen und auch bei den gegebenen Umständen, objektiv betrachtet, ein verständliches Angebot. Doch die US - Administration lehnte es unter fadenscheinigen Gründen rundweg ab, ihre europäischen Statthalter natürlich auch.

Angenommen, in der DDR und in der CSSR stünden Raketen, wie heute in England und Frankreich, müßten die Amerikaner dann nicht unmißverständlich in Verhandlungen fordern, daß diese Raketen den russischen zugerechnet werden müßten?

Neben dem Wahlversprechen "Frieden Schaffen mit immer weniger Waffen" sind auch andere Versprechen mehr und mehr als nicht realisierbar anzusehen. Oder merkt der "kleine Mann" etwas vom Aufschwung? Entgegen dem versprochenen Abbau der Arbeitslosigkeit steigt diese unaufhaltsam und ist entgegen früherer Aussagen der CDU auf einmal nicht mehr hausgemacht.Die "Lehrstellengarantie" und das Versprechen der Nichtzurückzahlung der Investitionshilfeabgabe, beides Garanten etlicherProzente der Wählerstimmen, beides weit von der Wahrheit entfernt!
So war also Herr Kohl mit seiner Waschmittelreklame der Bundestagswahlsieger 1983.Fröhlich freut er sich über sich als "Chef" und seine "Regierung der Mitte". Dabei merkt er anscheinend nicht einmal, wie weit er mit vielen seiner CDU - Mandatsträger schon nach rechts abgedriftet ist. Ansonsten zieht er, der so vieles aus der Geschichte gelernt haben will, kaum Konsequenzen aus dem Gelernten.Mit seinen fast peinlichen Bücklingen vor Nancy Reagan und ihrem in politischer Hinsicht fürwahr geisterfahrenden Ehemann ist es im wirklich deutschen Interesse nicht getan. Mit Mit der Versicherung "völliger Übereinstimmung mit unseren amerikanischen Freunden" auch nicht!
Stolz braucht Herr Kohl auf sein Wählerpotential schon garnicht zu sein. Wenn da nach der Wahl von politischer Reife der Bürger die Rede war, so ist das ausgemachter Unsinn! Die Wahrheit ist, daß am 6.März 1983 genau wie am 5.März 1933 etwa die gleichen Kreise unter geglückter massiver Beeinflussung einer Vielzahl politischer Analphabeten diese Wahl gewonnen haben.
Vor 40 Jahren, als der letzte Krieg praktisch lange verloren war, hörte ich irgendwo in Russland den Reichspropagandaminister aus dem Berliner Sportpalast tönen:"Wollt Ihr den totalen krieg?" - "Jaaa ...."brüllten einmütig dumme, deutsche "Volksgenossen".
Dies fiel mir wieder ein,als am 6.März die erste Hochrechnung kam.Tragisch ist die Gleichgültigkeit, mit der die meisten die atomaren Gefahren ignorieren.

Einschlägige Worte des großen Vorsitzenden aus Bayern

"Ich werde entweder Bundeskanzler sein oder bayerischer Ministerpräsident bleiben!"
aus DIE ZEIT, v. 6.7.1979

"Sie können davon ausgehen, daß Ananas in Alaska zu züchten für einen Naturfreund wie mich einen höheren Reiz hat als Bundeskanzler zu werden."
aus WELT, v. 31.5.1979

"Ich bin gewählt bis zum Jahr 1982, ich hatte die beste persönliche Absicht, auch in diesem Amte zu bleiben. Veränderte politische Umstände haben mich gezwungen, mich für das höchste Regierungsamt im Bundesstaat zu bewerben. Wenn ich es schaffe, ist es recht und wenn nicht, werde ich meine Pflicht weiterhin da erfüllen, wo ich jetzt bin."
aus Rhein-Neckar-Zeitung v.23.7.1979

aus Frankfurter Rundschau Nov.83

Brunnenvergifter

"Jede Propaganda hat volkstümlich zu sein und ihr geistiges Niveau einzustellen nach der Aufnahmefähigkeit des Beschränktesten unter denen, an die sie sich zu richten gedenkt. Damit wird ihre rein geistige Höhe um so tiefer zu stellen sein, je größer die zu erfassende Masse der Menschen sein soll.. Die Aufnahmefähigkeit der großen Masse ist nur sehr beschränkt, das Verständnis klein, dafür jedoch die Vergeßlichkeit groß. Aus diesen Tatsachen heraus hat sich jede wirkungsvolle Propaganda auf nur sehr wenige Punkte zu beschränken und diese schlagwortartig solange zu vertreten, bis auch bestimmt der Letzte unter einem solchen Worte das Gewollte sich vorzustellen vermag."
(Aus: Adolf Hitler: Mein Kampf)

Heiner Geißler, Jugendminister im Kabinett Kohl nennt die SPD vor der Hamburgwahl mit einem Brechtzitat:
VERBRECHER
Erst kürzlich nennt er die Sozialdemokraten:
FÜNFTE KOLONNE MOSKAUS
diffamiert er die Pazifisten:
"Ohne die Pazifisten der 30er Jahre wäre AUSCHWITZ überhaupt nicht möglich gewesen".

F.J.Strauß, Ministerpräsident und Kandidat für das Kabinett Kohl nennt die Friedensbewegung:
HANDLANGER MOSKAUS - NÜTZLICHE IDIOTEN IM SINNE LENINS
nennt Egon Bahr:
EINEN, der sich in den DIENST DES SOWJETISCHEN PSYCHOTERRORS stellt.

Die Liste der Zitate läßt sich beliebig auch mit solchen von Dregger, Spranger, Zimmermann usw. verlängern. Außer ihrer Gemeinheit ist ihnen gemeinsam:

Ihr geistiges Niveau orientiert sich an der Aufnahmefähigkeit des Beschrämktesten, ihre Urheber rechnen mit der großen Vergeßlichkeit der Masse und begnügen sich mit Schlagwörtern, bis auch der Letzte sich unter solchen Worten das Gewollte vorzustellen vermag.

Walter Bauer

POSTKARTE AN JUNGE MENSCHEN

Gebt nicht nach, wie wir getan haben,
Folgt den Verlockungen nicht, denkt nach, verweigert,
Verweigert, lehnt ab.
Denkt nach, eh ihr Ja sagt,
Glaubt nicht sofort, glaubt auch dem Einleuchtenden nicht,
Glauben schläfert ein, und ihr sollt wach sein.
Fangt mit einem weißen Blatt an, schreibt selber die ersten Worte,
Laßt euch nichts vorschreiben.
Hört gut zu, hört lange zu, aufmerksam,
Glaubt der Vernunft nicht, der wir uns unterwarfen.
Fangt mit der stummen Revolte des Nachdenkens an, prüft
Und verwerft.
Bildet langsam das Ja eures Lebens.
Lebt nicht wie wir.
Lebt ohne Furcht.

Hans Magnus Enzensberger

Sozialpartner in der Rüstungsindustrie

ein anblick zum zähneknirschen sind
die fetten eber auf den terrassen
teurer hotels, auf den golfplätzen
sich erholend von mast und diebstahl,
die lieblinge gottes.

schwerer
bist du zu ertragen, niemand
im windigen trenchcoat, bohrer,
kleinbürger, büttel, assessor, stift,
trister dein gelbes gesicht:

verdorben, jeder nasführung aus-
geliefert, ein hut voll mutlosen winds,
eigener handschellen schmied,
geburtshelfer eigenen tods,
konditor des gifts, das dir selbst
wird gelegt werden.

freilich
versprechen dir viele, abzuschaffen
den mord, gegen ihn zu feld zu ziehn
fordern dich auf die mörder.
nicht die untat wird die partie
verlieren: du: sie wechselt nur
die farben im schminktopf:
das blut der opfer bleibt schwarz.

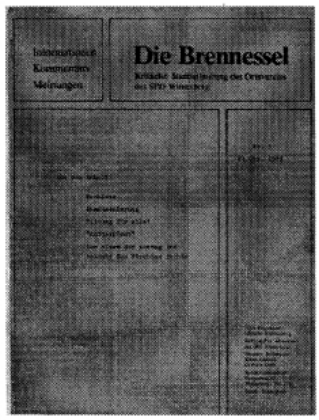
In eigener Sache

Von Zeit zu Zeit überkommen uns Zweifel über Erfolg oder Mißerfolg dieser Zeitung. Es gibt dann Augenblicke, in denen wir fest entschlossen sind, aufzugeben. Und dann flattert uns ein Leserbrief ins Haus, wie der folgende, in dem der anonyme Verfasser in seiner Art auf die Argumente einer von uns abgedruckten Lafontaine-Rede gegen die Nachrüstung antwortet.

> Ihnen hat man wohl in früheste Jugend einmal in das Gehirn geschissen.
> Sie sind es nicht wert, in dieser freiheitlich demokratischen Gesellschaft zu leben.
> Sie und Ihre pazifistischen Gesinnungsgenossen wie Lafontaine sollte man mit dem Knüppel durch die Draht- u. Minensperren der deutsch-deutschen Friedensgrenze jagen, damit Sie die Vorzüge des Systems, das Sie anstehen, voll auskosten können

Die Gehässigkeit und die Unterstellungen eines solchen Briefes bestätigen die Notwendigkeit, weiterhin kritisch zu berichten über Dinge, die in der Hofberichterstattung der hiesigen Presse und im Verlautbarungsjournalismus im Allgemeinen, zu kurz kommen.

Helfen Sie uns bitte mit Spenden, die "Brennessel" zu erhalten.



Die Brennessel Nr. 3 1978 Titel (Scan: zoom)

Vor einigen Tagen habe ich beim Aufräumen eine fast 32 Jahre alte Stadtteilzeitung des Ortsvereins der SPD Winterberg gefunden. Wie ein Juwel stach sie aus der grauen Zeitungsauschnittsammlung zu politischen Problemen der 70er Jahre heraus.

Vor mir liegt die Nummer 3 der "Brennessel", vom 21. Oktober 1978, mit interessanten Artikeln zu politischen Fragen der damaligen Zeit.

Große Themen der 18-seitigen "Brennessel" sind unter anderem die Stadtsanierung ("Ein Schritt nach vorn oder in die Pleite?") und die Bildungspolitik ("Besuchen 300 bis 400 Kinder unserer Stadt die falsche Schule?").

Ich war beim Durchblättern erstaunt über die unverbrauchte Frische der mit der Schreibmaschine(!) erstellten Artikel.

Heute veröffentliche ich die erste Seite der widerborstigen Zeitung, auf welcher die Herausgeber ihr Selbstverständnis darlegen und in der "Nachlese" eine kleine Mängelliste der Lokalpolitik erstellen.

Vielleicht lehrt sie uns ja immer noch einiges – die "Brennessel"?

Einige interessante Artikel werde ich in den nächsten Beiträgen aufbereiten. Leider liegen mir weitere Ausgaben nicht vor.

Hier nun die Seite 1 zum Nachlesen, Erinnern und Kommentieren.

- 1 -

"Die Brennessel" nennt unter der ständigen Rubrik "Aufgespießt" einige Mißstände beim Namen. Wir glauben, letztlich an der Gestaltung Winterbergs konstruktiv mitzuarbeiten.
Da wir Mißstände nur aufzeigen, aber nicht beseitigen können, sind wir wie alle Bürger darauf angewiesen, daß Rat und Verwaltung diese Hinweise aufnehmen, beraten und für Abhilfe sorgen.
Nach der zweiten Nummer unserer Stadtteilzeitung kommen wir leider zu der Erkenntnis, daß die Verantwortlichen sich nicht angesprochen fühlen.
Deshalb richtet "Die Brennessel" eine zusätzliche Rubrik
" NACHLESE " ein, in der in knapper Form noch einmal auf Probleme hingewiesen wird, die jeweils vor ca. drei Monaten von uns schon einmal angesprochen worden sind, dann Rat und Verwaltung aber keine Beachtung geschenkt haben. Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, daß was neben der politischen Wirkung unserer Nachrichten vor allem an der Beseitigung von Mängeln gelegen ist.

N A C H L E S E

zur Ausgabe vom 24. Juni 1978:
Anstelle eines Anstrichs ziert unser Rathaus nach wie vor der blödsinnige Hinweis: Gebäude wird abgerissen.

xxxxxxxxxxxxxxx

An der Sportanlage des Gymnasiums wurde die Kugelstoßanlage erneuert. Die seit zwei Jahren fällige Heilfrung und Wiederinsandsetzung des Fußballfeldes wurde nicht durchgeführt. Diese hätte vor etwa zwei Jahren laut Angebot der Firma Dörstelmann-Dortmund ca. 4500.-DM gekostet. Heute belaufen sich die Kosten auf ca. 17 000.-DM.

xxxxxxxxxxxxxxxxxx

Der Kanpp-Rundweg ist im Bobbahngelände nach wie vor unterbrochen.

xxxxxxxxxxxxxxxx

Die Stadt hat die 190 000.-DM des Landes für den Ausbau der Ursulinenstraße ordnungswidrig ausgegeben. Die Schulwegsicherung der Kinder ist ihr in diesem Bereich offenbar egal.

xxxxxxxxxxxxxxxx

Das Jugendheim ist immer noch eine Begegnungsstätte der reiferen Jugend.

xxxxxxxxxxxxxxxxxx

Von der im Bebauungsplan vorgesehenen Begrünung des Gewerbegebietes ist nichts zu sehen.

xxxxxxxxxxxxxxxxxx

Der größte Dreckfleck Winterbergs ist weiterhin die Alpina-Kunststoffpiste.

xxxxxxxxxxxxxxxx

Die Schaukästen der CDU tragen immer noch die Aufkleber: "Sei kein linker Vogel" oder "Wir stinken die Linken". Verantwortlich für diese Informationen ist der Geschäftsführer der hiesigen CDU, Herr Paul.

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxx
//////////////////////
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX